

Abonnementpreis  
für ganz Deutschland 1 Mk. 50 Pf. pro  
Quartal.

Monatlich-Abonnement  
werden bei allen deutschen Postämtern  
auf den 1. und 15. Monat, und auf den  
3. Monat besonders angenommen; im  
Außenlande durch die Postämter.  
Werbung auch auf den 15. Monat  
des Quartals zu 50 Pf.

Inserate  
Satz. Veranlassungen pr. Zeile 10 Pf.,  
Satz. Veranlassungen pr. Zeile 20  
Pf., 10 Pf.

# Vorwärts

## Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bilal-Expositionen.  
New-York: Sec. 5, 154 Klidrige Str.  
Philadelphia: E. 208, 630 North  
2nd Street.  
J. 205, 1129 Charlott Str.  
Boston: N. J. 3, 215 Wash-  
ington Str.  
Chicago: W. Randolph, 74 Clybourne Ave.  
San Francisco: J. 208, 426 O'Farrell Str.  
London: W. 4, 8, 8 New  
Golden Square.

### Abonnements auf den „Vorwärts“

für die Monate Juli u. August N. 1,10 werden bei allen deut-  
schen Postämtern, für Leipzig pr. Monat zu 60 Pf.,  
bei der Expedition, Färberstr. 12/11, in der Expedition der  
„Fadel“, N. Fleischergasse 15, part. und bei unserm Colporteur  
Bösch, Hospitalstraße 6/IV, in den Filialen: Cigarrenladen  
des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsstraße 60, für die Umgegend  
von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf,  
Reuditz, Reußschnefeld u. bei Frau Engel, Reuditz, Täub-  
chenweg 29, 2 Tr., für Sonnenw. u. bei Haderst, Kurze Str. 10  
part., für Kleinösch u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/1,  
für Schönberg bei Bösch, Hospitalstraße 6/IV, Leipzig, Ten-  
rennditz bei Bichau, 15 l, für Plagwitz-Lindenau bei Frau  
Gräfenstein, Auerleinstr. 3, für Gohlis u. bei A. Herms-  
dorf, Lindenbäcker Str. 7, für Stötteritz bei Grude, An der  
Wapiermühle, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf.,  
frei in's Haus abonniert, bei der Expedition der „Berliner Freien  
Presse“, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow,  
Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf  
aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartals-  
abonnements angenommen werden.

Die Expedition des „Vorwärts“.

### Stimmvieh.

(Von einem Nichtsozialisten.)

Ein alter Philosoph sagte einmal: „Wenn die Menschen  
lieber weniger moralisch wären, wenn sie wenigstens nicht so  
dumm wären.“ Weniger moralisch freilich sind wir geworden,  
leider aber haben wir an Dummheit nicht abgenommen, und  
erkräftigt somit dem Geschichtschreiber von heutzutage nur die  
traurige Pflicht, diesen Rückschritt zu konstatieren. Daß unsere  
Moralität gesunken ist, wird Niemand leugnen wollen, so wenig  
als der Denkende sich verhehlen kann, daß diese Thatsache ihre  
Begründung findet in dem Kampfe um's Dasein, in den unhold-  
baren Bedingungen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhält-  
nisse, während andererseits die fernere Thatsache zugegeben  
werden muß, daß die großartigen „Erfolge“ der deutschen Poli-  
tik auf politischem Gebiete nur neue wirtschaftliche Kalamitäten  
hervorgebracht haben, welche das Volk im Allgemeinen wohl ärmer,  
aber um keinen Deut klüger gemacht haben.

Für den Kampf um's Dasein ist es relativ gleichgültig, ob  
dieselbe zwischen Völkern und Nationen die Form des physischen  
Kampfes mit Waffen annimmt, oder ob er sich in anderen,  
scheinbar friedlichen Formen der Konkurrenz bewegt. Man würde  
sich sehr irren, wenn man glaubte, daß der Krieg die grausamste  
oder auch nur die wirksamste Form der Vernichtung eines Kon-  
kurrenten sei; es ist nur, wie von neueren Schriftstellern auch  
schon angedeutet, die am nächsten liegende, weil roheste, zugleich  
aber eben auch deshalb die ultima ratio für ein Volk, das sich  
von seinem Konkurrenten im sogenannten friedlichen Wettstreit  
überholt sieht. Die Opfer auch des gewaltigsten Krieges sind  
unbedeutend gegen die Vernichtung von Millionen und abermals  
Millionen Menschen, die zu Grunde gehen, wenn ein Volk von  
einem industriell höher entwickelten vermittelst des Handels aus-  
gefaßt und eines Theils seiner bisherigen Erwerbsquellen be-  
raubt wird, oder auch, wenn selbige sich des Glückes erfreut,  
daß seine Staatsmänner prinzipiell behindert sind, sich um  
seine ökonomischen Angelegenheiten zu bekümmern.

Es ist ein einfaches Additionsexempel, wenn man aus diesen  
Bordereigenschaften die Folgerung zieht, daß ein finanzieller und indu-  
strieller Niedergang nach einem verheerenden Kriege doppelt ver-  
derblich wirkt, und zwar um so verhängnisvoller, je mehr der-  
selbe sich zugleich zu einem vernichtenden Konkurrenzkampf  
im Innern eines bestimmten Volkes gestaltet.

Darin beruht auch einzig und allein die fast immer in der  
Staatengeschichte Europas hervortretende Erscheinung, daß große  
Völker nach außen um so kriegerischer und anspruchsvoller auf-  
treten, je unbehaglicher sie sich daheim befinden, und daß in  
solchen Tagen der Kriegsmiester dem Finanzminister wieder auf  
die Beine helfen muß. Aus diesem Grunde ist es auch nicht  
von ungefähr, wenn immer neue Kriege entbrennen, ohne daß  
dieselben einen greifbaren sittlichen, d. h. rechtfertigenden Hinter-  
grund hätten — sie entspringen vielmehr der in der Masse der  
Bevölkerung zunehmenden Unsicherheit und Unbehaglichkeit und  
der Erkenntnis, daß die gegenwärtige Entwicklung kaum einen  
friedlichen Abschluß erwarten lassen.

Deutschland befindet sich augenblicklich, Dank seiner einsichts-  
vollen Staatsleitung, in diesem Zustande allgemeiner Unbehag-  
lichkeit und Rathlosigkeit, und es ist eine Befundung seines durch  
und durch kranken Staatskörpers nie und nimmer zu erwarten  
von den Parteien, welche bisher die finanzielle und industrielle  
Politik geleitet haben. Daraus ist der Beweis glänzend erbracht  
seit dem letzten Kriege, damit aber zugleich auch der Nachweis  
geliefert, daß selbst der Erwerb neuer Milliarden uns nicht  
besser bekommen würde, als früher.

Das deutsche Volk hat das Blut von Hunderttausenden seiner  
Söhne für seine sogenannte nationale „Einigung“, seine mör-  
derischen Vorbeeren und die Milliarden geopfert, es hat nach  
dieser „politischen“ Wiedergeburt eine ditto „industrielle“ aber  
sich ergeben lassen müssen, welche ihm allmählich das letzte Mark  
aus den Knochen, wie den letzten Heller aus der Tasche gelodt  
hat, d. h. dem Massenmorde hat es seine Moral, dem Ka-  
pital seine Existenz geopfert und nur seine — Dummheit  
ist ihm geblieben.

Die breite, mit Milliarden und guten Vorsätzen gepflasterte  
Straße, auf welcher die finanzielle und industrielle Verwaltung  
des deutschen Reiches mit großem Pomp und lautem Hallelujah  
daherzog, hat jämmerlich in eine Sadgasse geendet, und der  
ganze Trost, welcher dem „Patrioten“ gesendet wird, ist die  
Anweisung darauf, daß es noch wieder anders und dann auch  
wieder besser werden wird.

Aber wie? Handel und Industrie liegen unter dem heutigen  
System hoffnungslos darnieder, die Milliarden sind fort und  
wir haben ihnen die Zinsen noch nachgeworfen, die Einnahmen  
gehen bergab, die Ausgaben bergauf, und dem Allen gegenüber  
wissen die Heilgehilfen des großen Meisters an der Spree kein  
anderes Rettungsmittel als — neue Steuern, Unterdrückung der  
armeligen politischen Freiheiten, Militär-Septennat und Herab-  
setzung der Arbeitslöhne.

Die Höhe der Arbeitslöhne in Deutschland wird ja aus-  
drücklich als Grund unserer traurigen Handelsbilanz ausgegeben,  
obchon dieselben in allen den Ländern, welche uns auf dem  
Weltmarkt überflügeln, höher stehen als bei uns; daß  
ferner die Arbeitslöhne gleichzeitig mit den Lebensmittelpreisen  
in die Höhe gegangen sind und daß letztere auch heute noch kaum  
eine Neigung zum Sinken zeigen; daß unsere Inferiorität auf  
dem Weltmarkt wesentlich auf unsere Armuth und die Höhe der  
Transportkosten, sowie auf vorzichtige und vorbeugende Maß-  
regeln unserer Nachbarn zurückzuführen werden muß; das Alles  
kann die weisen Nationalökonomien nicht im Geringsten, finden  
sie doch unbedingten Anklang mit ihren Maßregeln bei Den-  
jenigen, welche von dem Niederdrücken der Arbeitslöhne den  
Profit holen mit dem Motto: Zum Wohle des Staates.

Wenn nun der denkende Staatsbürger sich vergegenwärtigt,  
wie herrlich weit wir es unter der bisherigen unsinnigen finan-  
ziellen und industriellen Klassenwirtschaft gebracht haben, so  
wird er sich sagen müssen, daß er von dieser Seite Nichts mehr  
zu hoffen hat und daß er daher einem Vertreter des bisherigen  
Systems seine Stimme am Wahltag nicht geben darf.

Die Wiederherstellung der ganzen jämmerlichen liberalen  
Prinzipienreiterei und wirtschaftlichen Volksausbeutung wäre  
gleichbedeutend mit neuer Unterdrückung, und wenn endlich das  
Volk zum Aeußersten getrieben, sich seiner Peiniger zu entledigen  
Miene macht, mit neuen blutigen Kriegen oder dem Nieder-  
fartischen der nach Brod verlangenden Massen.

Wer einem Vertreter des bisherigen Systems daher seine  
Stimme gibt, wirt sein Menschenthum über Bord und gesteht  
sich zu dem Stimmvieh, dessen einziges Menschenrecht am  
Ende darin besteht, von irgend einem Eroberer als Schlach-  
tvieh verbraucht zu werden.

Er ist also weniger moralisch als dumm.  
Aber, wird ein großer Theil der Wähler, namentlich der  
ländlichen, einwenden, bisher regierte ja der Liberalismus und  
jetzt können wir es ja einmal mit den Conservativen versuchen.

Ganz richtig. Nur steht das voraus, daß derjenige, welcher  
einem Conservativen seine Stimme gibt, die höchste Stufe seines  
Menschentums und seiner Menschenwürde erklommen zu haben  
glaubt, wenn er gegen seinen Arbeitsschweiß und gegen un-  
bedingten Gehorsam von seinem Brodgeber nothdürftig gefällig  
wird, sich also jedes Anspruchs auf den wahren Ertrag seiner  
Arbeit und die ihm gebührende soziale Stellung begiebt.

Der berühmte Pater Caret donnerte einst von der Kanzel:  
„Selig sind die Dummen, denn sie werden Gottes Eitel genannt  
werden.“

Wer zu diesen Glücklichen gehören will, wähle einen Conser-  
vativen. Er mache aber auf Moral keinen Anspruch, denn diese  
ist keine Wagenfrage.

Wer aber den Ernst der Zeit erkannt hat und wer der er-  
bärmlichen Rolle überdrüssig ist, die er bisher zu seinem geistli-  
chen und materiellen Nachtheil als Staatsbürger zu spielen ver-  
urtheilt war, der muß sich abwenden von einer brutalen Staats-  
politik, welche in stets neuer Auflage nichts Anderes weiß, als  
die Aufführung einer neuen Variation des alten Fabelworts:  
Rein, sprach der Räuber, Du bist mein, denn ich bin groß und  
Du bist klein!

Und so muß auch derjenige denkende Wähler, der, die Aner-  
kennung der hohen idealen Ziele der Sozialdemokratie voraus-  
gesetzt, selbst an der Ausführbarkeit dieser Ideen zweifelt, seine  
Stimme zu Gunsten des sozialdemokratischen Kandidaten in die  
Urne legen.

Und er muß dies nicht nur aus Abscheu vor dem bisherigen  
staatlich gepflegten wirtschaftlichen Ausbeutungssystem, sondern  
er muß es auch thun mit derjenigen Rechtschaffenheit, welche den  
ehelichen Mann stets auf die Seite der unschuldig Verfolgten  
und Bedrückten drängt.

So wird sich dann allmählich auf der einen Seite Intelligenz  
und Ehrlichkeit, auf der anderen Seite Dummheit und Unwürdigkeit  
und Dummheit zusammenfinden.

Auf welcher Seite dann schließlich der Sieg ersuchten wird,  
das zu prophezeien kann man all' Denjenigen überlassen, welche  
moralisch geblieben sind, ohne der Dummheit zu ver-  
fallen.

### Deutschland und der Sozialismus

von Ludwig Bamberger.

Von S. W.

(Schluß.)

Auch sprechen Sie dann von dem Treiben einer haupt-  
städtischen Bevölkerung, die — im Vorgefühl ihrer politischen  
Ohnmacht — sich entweder trüger Gleichgültigkeit oder radikalen  
Spielereten überläßt.“ Ein solcher Zustand in der „Stadt der  
Intelligenz“, im „Spreewäldchen“, hat Ihnen also nicht mehr zu

denken gegeben? Wenn denn soll das Bürgerthum aufgeweicht  
werden, wenn es in Berlin, in der Reichshauptstadt, noch nicht  
einmal eine Abnung von seinen Pflichten und seinem Verufe hat?  
Wenig aufzuweichen ist es fast, und endlich erwidert, überläßt es  
sich den Radikalen. Ja, Herr Bamberger, Sie haben recht, das  
schlafende Bürgerthum gehört Ihnen, aber uns das wache.

Damit sind wir bis zum Schlusse des I. Theiles der Schrift  
des Herrn Bamberger gekommen. Die folgenden Theile II—V  
(2—5) ebenso eingehend zu erörtern, würde zu weit führen,  
weßhalb wir uns von nun an darauf beschränken, nur noch einige  
wenige Stellen hervorzuheben. Pag. 20—27 behauptet Herr  
Bamberger, daß die gewaltsame Vernichtung des bürgerlichen  
Regimentes die Lösung auf der ganzen Linie der Sozialdemo-  
kratie sei, seit Kurzem sogar das offizielle Glaubensbekenntniß  
der gesammten Anhängerschaft bilde. In demselben Sinne unter-  
scheidet uns Herr Bamberger (pag. 69) die Intention: Die Aus-  
rottung aller übrigen Klassen sei unser eigentliches Ziel. Das  
sind elende Lügen, Herr Bamberger. Sie wissen ganz genau,  
daß von keiner Partei mehr, wie von der sozialistischen in jeder  
Weise durch Wort und Schrift das Gegentheil von Ihrer Be-  
hauptung betont wird. Sie wissen, daß die Sozialisten durch  
friedliche Propaganda auf dem Boden des gegebenen Rechtes zu  
ihren Zielen kommen wollen, das wissen Sie und dennoch be-  
haupten Sie unverbüßt das Gegentheil. Ebenso verhält es sich  
mit der Ausrottung der Klassen. Nicht austrotten wollen wir  
alle anderen Klassen, sondern aufzuziehen wollen wir sie, wir  
wollen das thun, was das Bürgerthum zu erfüllen nicht im  
Stand war und nicht im Stand sein kann.

Bei Besprechung des allgemeinen, direkten Wahlrechtes lehrt  
Herr Bamberger nochmals seine ganze nationalliberale Com-  
promissnatur hervor. „Das allgemeine Stimmrecht ist eine voll-  
endete Thatsache, die jedes Verhüten, sie rückgängig zu machen,  
spottet.“ Aber gleichzeitig meint Herr Bamberger, ob es nicht  
wohl thunlich wäre, die heute auf 3 Jahre fixirten Wahlperioden  
zu verlängern, oder das Wahlrecht an eine Niederlassungszeit zu  
binden. Wo soll das hinaus? Sie wollen noch nicht offen  
sagen, man müsse das Wahlrecht zum Klassenrecht erheben, auf  
indirektem Wege wollen Sie dasselbe Ziel erreichen. Die Frei-  
heits-Schändel dürfen nicht fehlen, es kommt ja nicht darauf an,  
was dahinter ist. Sie gehen nur darauf aus, indem Sie dem  
Volke eine feiner theuersten Freiheiten fehlen möchten, der sozia-  
listischen Propaganda entgegenzutreten. Wozu Sie den Muth  
nicht haben auf der Tribune und in der Presse, das sollen  
Geheparagraphe und Polizei besorgen. Das allgemeine Stimm-  
recht hat sich beim deutschen Volke eingebürgert, nehmen Sie es  
uns, wird es uns mehr zur Propaganda dienen wie heute.

Die rapide Ausdehnung des Sozialismus in Deutschland und  
anderwärts ist gegen die Ansicht des Herrn Bamberger weder  
„der internationalen Camorra des Herrn Marx mit ihrem  
schweren Rüstzeug“ zuzuschreiben, noch dem indifferent  
zuschauenden Bürgerthume, in das sich, wie Sie meinen, die ge-  
schlossene Partei der Sozialisten wie ein Keil einschleibt. Diese  
Ausdehnung des Sozialismus und diese Indifferenz des Bürger-  
thums sind nicht Wirkung und Ursache, wie Sie annehmen, beide  
sind Wirkungen, beide sind Symptome unserer Zeit, in denen  
sich der Zeitgeist manifestirt. Das Bürgerthum ist indifferent,  
weil es sich überlebt hat, es kann kein geschlossenes Ganze mehr  
werden, weil es keine gemeinsame Aufgabe mehr zu erfüllen hat.  
Daher seine Indifferenz und seine Zerfälligkeit. Die sozia-  
listische Bewegung dagegen ist jung und mit dem Feuer ihrer  
Zukunft kämpft sie für ihre Ziele und Ideale. Daher die Be-  
geisterung ihrer Anhänger, ihre Opferfreudigkeit und ihr ge-  
schlossenes, entschiedenes Vorgehen, wo es sich um die Gesamt-  
Interessen handelt. Und ferner ist die Geschichte nicht spurlos  
an uns vorübergegangen. Wir haben daraus gelernt und wissen  
die empfangenen Lehren zu benutzen. Sinn für das Allgemeine,  
Erfahrung und deren richtige Anwendung sind die Mittel, mit  
denen wir der voranschreitenden Zeit entgegen arbeiten. Das ist  
das ganze Geheimniß der Nachentwicklung des Sozialismus,  
die Sie auf langen Seiten vergeblich zu beweisen suchen. Da  
ist kein weiteres Geheimniß, wenn Sie nicht selbst eins dahinter  
bringen, um es alsdann suchen zu können.

Pag. 69 lesen wir bei Herrn Bamberger:  
„Alle Darstellungen des Lebens und der Lehre Lassalle's  
glauben an das Titanen-Diplom, das er sich selbst ausgestellt  
hat.“

Warum aber, Herr Bamberger, stellen Sie sich denn nicht  
ein solches Titanen-Diplom aus? Denken Sie sich, wie schön es  
wäre, auch nur als Titanchen sich von der späten Nachwelt be-  
wundern und sich „göttliche Ehren“ decretiren lassen. Dgbleich  
überflüssig, bemerken wir kurz: göttliche Ehren erkennt die So-  
zialdemokratie weder Lassalle, noch irgend einem Anderen zu.  
Auf Riffinger Hutjutter oder Wapinger Wasser steigen wir  
nicht hinab. Gibt es aber etwas Natürlicheres, als daß das  
arbeitende Volk jene wenigen Männer im Gedächtniß behalte,  
die für es gekämpft haben? Thun nicht die Bourgeois, thut  
nicht jede Gesellschaft, thut nicht jede Familie dasselbe? Um nun  
auf das Titanen-Diplom zurückzukommen, um sich solches zu er-  
werben, muß man erst Entsprechendes geleistet haben. Wenn  
Sie sich z. B. oder einer Ihrer nationalliberalen Collegen ein  
Titanen-Diplom ausstellen wollten, würde, als einzige Antwort,  
alle Welt Sie mittheilig belächeln. Titanen-Diplome auf dem  
Papier werden mit dem Papiere vom Winde fortge-  
blasen.

Jum Schluß noch einmal kommen wir auf Herrn Bam-  
berger's „Unfinn“ zurück. Wenn der Sozialismus nur von  
den Compendien der Herren Marx und Lassalle lebte, und selbst  
wenn er nur eine Wagenfrage wäre, dann, Herr Bamberger,  
mögen Sie und Ihre Freunde mit philosophischer Ruhe der

ganzen Bewegung zusehen, sie würde sicher im Sande verlaufen. Wenn der Sozialismus nicht mit absoluter Nothwendigkeit sich selbst einführen wird, dann wird es nie dazu kommen; nur was vernünftig ist, wird geschichtlich.

Wenn aber, wie wir behaupten, der Sozialismus nichts anderes ist, als Wirkung längst vorhandener Ursachen, wenn er nichts anderes ist, als „ein Moment der produzierenden Idee“, dann, Herr Bamberger, Sie mögen da zappeln und sich sträuben, dann wächst die Welt in den Sozialismus hinein.

Anm.: Dem im Auslande lebenden Verfasser dieser Zeilen kam die Schrift des Herrn Bamberger erst vor wenigen Tagen zu Gesicht, daher das ein wenig verspätete Erscheinen der Besprechung.

## Sozialpolitische Uebersicht.

— „Schutzoll und Freihandel oder wie's gemacht wird!“ Unter dieser Devise liegen sich die biederer Ordnungsleute (— vulgo Liberale —) im 3. weimarischen Wahlkreise bedenklich in den Haaren. Bekanntermassen haben die Freihändler dort den früheren Bundeskanzleramts-Präsidenten Herrn v. Delbrück als Candidaten aufgestellt.

Diesem gegenüber steigt nun am 15. Juli ein Herr Rudolph Schwabe aus Neustadt a. d. O. als „Ritter vom Schutzoll“ in die Arena und schließt eine längere Strafpredigt gegen die Freihändler mit folgendem ergötzlichen Bittgebet und „offenen Wort“ an die Vorhände unserer reichstreuen Vereine:

„Sie haben sich mit unseren Zielen und Bestrebungen, mit dem, was uns Lebensinteresse ist, in Widerspruch gesetzt und sind in Gefahr, die politische Führung zu verlieren.

„Sie haben sich in den fetten Jahren, als der Becher überschäumte, Ihre Bezüge gut gefichert, um Ihrem Berufe mit größerer Freudigkeit nachgehen zu können. (Sehr schön empfunden! Anmerk. des Sehers.) Sie hatten Recht daran, es kam Ihnen zu, wir hätten es auch so gemacht. — (Bravo, Bravissimo!) Allein — Sie haben es noch und wir mußten inzwischen die Reize leeren, mußten inzwischen die Kräfte durchmachen.

„Nun capricieren Sie sich nicht darauf, uns den Bod zum Gärtner, einen Ranchsternmann zum Vertreter zu sehen (armer Delbrück!), sondern überlassen Sie uns die Regelung unserer wirtschaftlichen Lage selbst, damit auch wir der nagenden Sorge ledig und unseres Berufes wieder froh werden können (arme Schutzöllner das!). In anderen Fällen von weniger einschneidender Bedeutung werden wir Ihnen gern wieder den Vortritt lassen.“

Bravo, Bravissimo! Das ist die höhere Ehrlichkeit unter dem Wahlgalgen!

Die sieben fetten Jahre des Freihandels haben den Schutzöllnern Appetit gemacht. „Geht weg und laßt uns hin“ — rufen die hungrigen Schutzöllner und — der schlichte Wählermann soll die Weiter dazu halten, daß diese Gesellschaft sich desto gemüthlicher die Taschen füllen kann.

Herr Rudolph Schwabe aber ist zur Anerkennung für seinen Freimuth von circa 150 gleichbedingenden Seelen in Neustadt a. d. O. als Gegenandidat des Herrn v. Delbrück proklamirt worden, und wir können uns nicht versagen, dem wackeren Herrn Schmidt unser Compliment zu machen, daß er es so offen ausgesprochen hat: Die Freihändler haben lange genug den überschäumenden Becher und mit Recht bis zur Reize geleert, — sie hatten Recht daran u. c. u. c. — aber der Schutzöllner hat Durst, viel Durst und wenn die Wahlen vorüber sind, dann singt wiederum der Chorus der Theiler, die sich heute um den fetten Bissen zanken, indem sie sich brüderlich in die Arme sinken: „Wir sind gemüthlich, wir sind gemüthlich, es war noch nie so

gemüthlich wie heute!“ Und Bravo rufen wir dazu, Bravissimo, ehrsame Bruderschaft!

— Ueber den Haase'schen Conkurs in Chemnitz veröffentlicht die Chemnitzer Freie Presse folgendes:

„Es sind nicht weniger als 4 Millionen Defizit vorhanden, und hierzu kommt noch, daß die zahlreichen Grundstücke, welche unter den Aktiven figuriren, zu viel höheren Preisen veranschlagt sind, als sie in der Auktion erlangen werden. Der Verlust trifft meist kleine Leute, das beweist der Umstand, daß die als Passiven verzeichneten Einlagen auf Scheine und Bücher 5,312,587 M. betragen. Das Uebrige sind Wechselschulden und einige bevorzugte Forderungen. Es werden für die Gläubiger kaum 40 Proz. herausbringen. Dies der Bankrott; nun ein Wort über die Konkrotteure. Denselben mußte — bei einem Defizit von vier Millionen Mark — schon längst bekannt sein, daß sie ihren Verpflichtungen nicht gerecht werden konnten. Dennoch nahmen sie bis zum letzten Augenblick Gelder an und spiegelten den Einlegern Sicherstellung vor. Das ist raffinirter Betrug, das ist eine Art civilisirter Strafenraub. Von Einschreiten der Criminalbehörden gegen die Betrüger hört man bis jetzt nichts.“

— Das genannte Parteiorgan hörte ferner, es stände der Bankrott noch einiger 30 Geschäfte bevor, man hielt dieselben jedoch noch bis nach der Wahl. Es ist das bei den Liberalen leicht möglich, denn wir sind schon so an ihre Gemeinheiten gewöhnt, daß uns gar nichts mehr auffällt. In Betreff des Obigen trifft doch sicher das Sprichwort von den kleinen und großen Dieben. Es ist die „Moral“ der heutigen Gesellschaft: „die armen Leute hätten sollen vorsichtiger sein.“ hat der liberale Candidat Vopel in Chemnitz auf eine Anfrage bei einer Wählerverammlung in Betreff des Haase'schen Bankrotts gesagt. Treffender konnte der Mann wirklich nicht antworten — mag Jeder sehen, wo er bleibt! Die „Großen“ wissen schon, wo sie bleiben; im schlimmsten Fall einmal — die Kugel vor den Kopf — vielleicht später einmal der Strid.

— Wir berichteten bereits, daß die Havarie-Commission in Kiel die Mannschaften der verunglückten Schiffe freigesprochen hat. Es verlautet nunmehr, daß die Offiziere der Schiffe vor ein Kriegsgericht zur Aburtheilung gestellt werden.

— Die schlechten Zeiten veranlassen die deutschen Buchdruckerprinzipale eine Revision des Tarifs vorzunehmen. Daß dabei der Lohn der Buchdruckerhilfen nicht verbessert werden wird, ist klar. Hört man doch z. B. in Leipzig von einer Herabsetzung um 33 $\frac{1}{2}$  Proz. Ob auf diese Weise die Arbeiter von den sozialdemokratischen Bestrebungen abgelenkt werden, ist sehr fraglich.

— Preussische Fortschritte. Die „Germania“ berichtet über einen interessanten Notenwechsel zwischen der bayerischen und preussischen Regierung in folgender Weise:

„Als der bayerischen Regierung von hier aus eröffnet wurde, daß demnächst ein preussischer General nach Bayern kommen werde, um die bayerische Artillerie zu inspizieren, erklarte sie in einem solchen Vorhaben eine Verletzung der bayerischen Reservatrechte und glaubte gegen dasselbe um so mehr remonstriren zu müssen, als schon die Ankündigung von jenem Vorhaben in den höchsten militairischen Kreisen Bayerns Kundgebungen des Mißfallens hervorgerufen hatte. In Berlin pflegt man jedoch nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, sondern eine einmal angefangene Sache auch gründlich zu Ende zu führen. Das hiesige Cabinet eröffnete also mit der bayerischen Regierung einen lebhaften diplomatischen Verkehr, in welchem es ausführte, daß der deutsche Kaiser ein vertragsmäßiges Recht zu der angeordneten Inspektion der bayerischen Artillerie durch einen von ihm

zu bestimmenden Offizier habe. Und zwar leitete das hiesige Cabinet dies Recht aus folgender am 23. November 1870 zu Versailles zwischen den Grafen Bismarck und Roon auf der einen und dem bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Bray, dem Kriegsminister von Brankh und dem Cultusminister v. Lug auf der andern Seite vereinbarten Bestimmung her: „Der Bundesfeldherr hat die Pflicht und das Recht, sich durch Inspektionen von der Uebereinstimmung in Organisation, Formation und Ausbildung, sowie von der Vollzähligkeit und Kriegstüchtigkeit des bayerischen Contingents Ueberzeugung zu verschaffen, und wird sich über die Modalitäten der jeweiligen Bormahme und über das Ergebniß dieser Inspektionen mit dem Könige von Bayern in's Bernehmen setzen.“ Das Resultat dieser viele Wochen hindurch fortgeführten Auseinandersetzungen war, daß die bayerische Regierung sich schließlich der diesseitigen Auffassung accommodirt hat und daß der Generallieutenant v. Balow sich in den nächsten Tagen nach Bayern begeben wird, um die auf dem Vechfelde bei Augsburg zusammengezogene bayerische Artillerie einer genauen Inspektion zu unterwerfen.“

Da haben wir ja die Verheerung; aus purem Ueberzeifer bewilligt der Raupenhelm sonst, wo es gegen die Volkstheorie geht, Alles, da muß man denn in solchen Dingen Gehorsam leisten — das versteht sich von selber.

— Die zu erwartenden Segnungen der Reaktion machen jezt die Runde durch die Presse. Es sind allerliebste Säuselchen, die wir zu erwarten haben; wir theilen unseren Lesern etwas der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ Entnommenes mit:

„Keine gewaltsame Reaktion! Eine Reaktion in diesem Sinne ist gleich Revolution; aber ein systematisches Zurädgehen im Wege der geordneten Gesetzgebung auf die früheren Verhältnisse, soweit sie sich als besser herausgestellt haben, wie die gegenwärtigen, durch die liberale Gesetzgebung hervorgerufenen.“

Wir können uns zur näheren Bestimmung unserer Ziele einfach auf das Programm der Deutschconservativen berufen, dem wir in allen Stücken zustimmen, also: Weiterbildung unserer Rechtsverhältnisse auf realem und geschichtlichem Boden, Erhaltung und Wiedererstarkung der christlichen Kirchen, confessionelle christliche Volksschule, Revision der Waigesehe, Reform der wirtschaftlichen Gesetzgebung, Beschränkung der Gewerbefreiheit! Das sind die Grundgedanken des deutschconservativen Programms, welchen wir theils in Interpretation seiner Absichten, theils als Ergänzung für die preussischen Verhältnisse noch folgende Sätze hinzuzufügen möchten, welche nicht den Anspruch machen, als festes Programm zu gelten: sie sollen vorläufig nur anregen; in wie weit sie angemessen und praktisch durchführbar sind, wird die Zukunft lehren.

Wiederherstellung des Taufzwanges bei allen Kindern solcher Eltern, die zu einer christlichen Kirche gehören, bez. nicht vor der Geburt des betreffenden Kindes ausgetreten sind. Die Kirche hat darüber zu wachen, daß die Kinder getauft werden; der Staat tritt nur auf Anrufen der Kirche als exekutiver Beistand ein.

Abänderung des Wahlgesetzes für den Reichstag und für den Landtag (der letztere könnte aus den Provinziallandtagen gewählt werden). Verlängerung der Wahlperioden.

Bermehrung der indirekten Steuern, Verweisung eines Theils der direkten Steuern an die Communen.

Vorbereitung aller Gesetze durch einen Staatsrath, bestehend aus ernannten und von den Parlamenten gewählten Mitgliedern. Die Parlamente können nur verwerfen oder annehmen; das Amendiren fällt weg.

Aufhebung aller derjenigen Bestimmungen, welche die Kräfte der Staatsbürger in viel höherem Maße in Anspruch nehmen, als es die Sache erfordert; damit 12 Geschworene tagen können,

## Uebersicht der Volksbewegungen im 19. Jahrhundert.

(Schlußkapitel von Servinus' „Einleitung in die Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts.“ Leipzig, B. Engelmann. 1853. Seite 153 bis 181.)

Die Freiheitskriege, die Napoleon's Herrschaft stürzten, vorzugsweise den spanischen und deutschen, bezeichneten wir als den Wendepunkt, der das Erwachen des politischen Bewußtseins und Selbstgefühls in den Völkern außerhalb Frankreichs anzeigt. In beiden Ländern hoffte das Volk mit der äußeren Befreiung auch eine innere zu erlangen; es hatte die Waffen für die bedrängten Fürsten ergriffen, in der Hoffnung auf so viel Dank (wie Lovellanos an Sebastiani schrieb), daß man die alten Mißbräuche abstellen werde, die die Ursache des eingetretenen Glends waren. An den spanischen Freiheitskrieg reihte sich dann der Aufstand der südamerikanischen Colonien an. Sie strebten anfangs nur nach Abwerfung des unerhörten inneren Drucks, wurden aber durch den unzeitigen Widerstand der spanischen Centraljunta von 1811 zu der ersten Erklärung ihrer Unabhängigkeit (Raufest von Venezuela) getrieben, in der sie, wie Nordamerika, unter der Berufung auf den Geist der Zeit, mit der ursprünglichen Gleichheit der Natur ihren Absall rechtfertigten.

Die amerikanischen Freiheitskämpfe wirkten dann 1820 auf die Cadixer Expeditionsarmee zurück, sich zu Gunsten vorkatholischer Einrichtungen gegen den Thron zu empören, den die aufopferndsten Anstrengungen der Nation wieder hergestellt hatten; und dies war der Anfang der zähen und unter vielfachen Hemmungen vorschreitenden Staatsveränderungen, die dies Land, das die Last des Lehenswesens und der unumschränkten Fürstengewalt am härtesten und längsten getragen, der neuen Ordnung der Dinge zu erobern trachteten. Die Bewegung dieser Zeit ergriff mit Ausnahme Frankreichs den ganzen romanischen Süden, Portugal, Neapel, Piemont; die Einigkeit Oesterreichs und Rußlands aber hielt damals Italien mit Leichtigkeit nieder und beherrschte selbst Frankreich in dem Maße, daß dieses die spanische Revolution unterdrücken mußte.

Die Bewegung in Spanien hatte aber unter anderen auch

die Folge gehabt, daß sie den Aufstand Griechenlands, der durch geistigen und materiellen Aufschwung, durch französische Vorspiegelungen und russische Auffistungen lange vorbereitet war, unter dem allgemeinen Anstöße beschleunigte; und hier rangen in glücklichem Zusammentreffen die physischen Volkkräfte einer verwilderten Nation mit den christlichen und humanistischen Sympathien von ganz Europa zusammen, um, wenn auch spät und verkommen, doch einen Erfolg zu erringen gegen die Künste der Diplomatie, in deren bisherige Eintracht hier und in Portugal die ersten Spaltungen kamen. Die politische Schlafsucht zu brechen, die in Folge der Erschöpfung nach den großen früheren Bewegungen über dem Welttheile lag, dafür wirkte die griechische Sache das Wesentlichste mit, deren Bedeutung von dieser Seite in Oesterreich gleich anfangs wohl gewürdigt worden war; sie übte auf die politischen Stimmungen, besonders in Frankreich, einen gewaltigen Einfluß. Ohne den durch sie veranlaßten Aufschwung waren die Verordnungen von 1830 schwerlich von jenen großen Folgen, welche den östlichen Bund der absoluten Mächte anfangen an ihrem Werke der Niederhaltung alles Volksgewisses verzweifeln zu machen, das seit 15 Jahren so erfolgreich hinausgeführt schien.

Die Julirevolution ward dann der Ausgang einer hoffnungsvolleren Zeit. Sie löste den einschläfernden Zauber, der von der russisch-oesterreichischen Staatskunst bisher geübt worden war; England war über den französischen Feldzug in Spanien, über den reaktionären Entwurf Oesterreichs, die bis nach Amerika reichen sollten, über Rußlands Zusammenhang mit der bourbonischen Staatskunst aufmerksam geworden, und gebot dem Laufe der Reaktion Einhalt; Frankreich erhielt nach außen seine Selbstständigkeit und natürlichen Verbindungen wieder und lehrte innen zu den verlorenen Grundstößen seiner Revolution zurück. Der Juliaufstand gab den Anstoß zu den neuen Ereignissen, die Spanien verjüngten, er veranlaßte die Reform in England, er demokratisirte die Schweiz, er trennte Belgien von Holland, er schaltete Polen zur Empörung; selbst in Deutschland, wo der Volkscharakter, die Zertheilung, die drückende Nähe des östlichen Fürstenthums jede Bewegung fast unmöglich machten, gelangen einige rasche Veränderungen wenigstens in den Staaten, wo das sittliche mehr als das politische Gefühl durch verderbte Fürsten oder Regierungen empört worden war.

Ueberall geht in dieser allgemeinen Aufregung Europa's die Richtung der Bewegungen nach innerer Freiheit oder nach äußerer Unabhängigkeit, und meist nach beiden zugleich. Auch in dem, was in dem ruhigeren Gange der öffentlichen Dinge Bemerkenswerthes in diesen Zeiten geschah, ist besonders der lehrere Zug, nach nationaler Selbstständigkeit und Stammunabhängigkeit, überall wirksam Südamerika zerfiel in kleine Staaten. Die Türkei zerbröckelt mehr und mehr in ihre Bestandtheile. In allen ihren Provinzen regt sich eigenes Leben. Die Abreibung Aegyptens und Syriens ward im orientalischen Stile versucht. In Spanien regte sich der alte Stammgeist der baskischen Lande, in Italien der von Sicilien. Irland betrieb die Repeal\*, und Schleswig-Holstein seine staatliche Selbstständigkeit. In Ungarn begann ein politisches Leben; das slavisch-illyrische, das czechische Element in Oesterreich, das polnische in

Posen begann in neuer Bewegung zu gähren. In dem ganzen nichtdeutschen Oesterreich ging der politische Widerstand, der anderwärts dem Regierungssysteme entgegensteht, auf Abtrennung und Auflösung aus. Im Widerstreit mit den weltbürgerlichen Lehren des Tags, die alle Völkerunterschiede verweisen möchten, suchen sich überall die Stämme nach Sprache und Sitte zu trennen, fremde Herrschaft abzuschütteln, ein vielgestaltiges, der Freiheit günstiges Leben zu schaffen. Ja selbst was mit dem Geiste der gegenwärtigen Geschichte im Widerspruch zu stehen scheint, ist in der That nur eine andere Bethätigung desselben Geistes: während die Bestandtheile künstlich zusammengesetzter Staaten sich lösen, streben die Theile der lockeren Staatenbünde zu größerer Einheit zusammen; nach Einem Gesetze sucht sich dort das unnatürlich Vereinigte zu trennen und hier das unnatürlich Getrennte zu vereinigen.

Diese größere Einheit erstrebte die Schweiz in den dreißiger Jahren vergebens und erlangte sie plötzlich nach dem neuen Anstöße, den die Februarrevolution 1848 von Paris aus gab; Deutschland und Italien erstrebten sie auf eben diesen Anstöße, aber dieses erste Mal gleichfalls vergeblich. Die Neuheit und Größe dieser beiden Veruche streitet an innerer Bedeutung mit der weiteren Folge der Pariser Bewegung von 1848, daß zwei der Ostaaten des heiligen Bundes von dem Stöße der Revolution zum ersten Male erreicht und in ihrem Inneren erschüttert wurden, der Eine davon mit dem Abfall seiner Staaten in Italien und Ungarn bedroht war. An allen den drei Reichen im Süden, die in den ersten Jahrzehnten der neueren Zeit die mächtigsten Impulse gegeben hatten, hat sich nach der Reihenfolge ihrer inneren Schwächung in dieser neuesten Zeit die Auflösung versucht; an Spaniens Colonien mit großen Erfolgen, an der Türkei mit verschiednen kleineren, an Oesterreich mit einem vereitelten. Trotz dieser Vereitelung wird hier, im Südosten wie im Nordosten, der Geschichte der Volksbewegungen dieses Jahrhunderts ein neuer Raum, auf dem die Völker ihre eigene Thätigkeit seit langen Zeiten ausgeübt hatten, geöffnet bleiben, nachdem das monarchische Prinzip hier einen Stoß an den Stätten erlitten, wo es am gefischtesten schien; und den schlimmsten Stoß nicht durch das, was in der Bewegung gegen die Monarchie, sondern nach derselben durch die Monarchie geschah. An dem Peerde der europäischen Bewegungen aber, in Frankreich selber, war der Monarch, der vierte in 60 Jahren, gewaltsam gefallen und die Monarchie zerstückt. Die Republik war mit den schroffsten Grundstößen der Revolution zurückgekehrt. Die erregten Geister brüteten über noch ausschweifenderen Grundstößen und Revolutionen, die inzwischen zu einem von Wenigen geahnten Rückschlage führten. Der Zukunft aber bleibt ein Räthsel gestellt, an dessen Lösung Viele verzweifeln, oder dessen Lösung die Menschen, nach ihren verschiedenen Neigungen und Leidenschaften, von ganz entgegengesetzten Seiten erwarten und in ganz widersprechenden Deutungen suchen.

(Fortsetzung folgt.)

\*) Sprich „Repeal“; die Auflösung der Union Irlands mit Großbritannien.

werden 30 Männer ihrem Berufsleben auf Tage und Wochen entzogen; ähnliche Bestimmungen enthalten auch leider die neuen Satzgesetze hinsichtlich der Schöffen.

Aufhebung aller verwirrenden Bestimmungen der Provinzial-Ordnung und der Kompetenz-Gesetze; Weiteraufbau der administrativen Organisation auf Grund der Kreisordnung, unter Beseitigung des Behörden-Überflusses in den höheren Instanzen.

Der sächsische Landtag hat in seinen letzten Sitzungen den Anlauf der noch in Sachsen befindlichen Privatbahnen beschloffen. Damit ist in einem deutschen Staate der Grundstich der Staatsbahnen durchgeführt, es bliebe nun zu wünschen, daß auch die Lage der unteren Beamtenklassen eine Verbesserung erfähre.

Auf Einladung Bismarck's wird in Süddeutschland eine Konferenz verschiedener deutscher Minister stattfinden. Es ist nämlich beabsichtigt, ein einheitliches Steuersystem einzuführen. Daß dabei die Lieblingspläne des Reichskanzlers, Einführung indirekter Steuern, Tabakmonopol u. s. f., besonders berücksichtigt werden dürften, unterliegt keinem Zweifel. Erleichterungen für das arbeitende Volk werden dabei nicht herauspringen; wo aber diese erblos Steuerlasten hinausführen muß, das ist klar — sie führt schließlich zum Bankrott der heutigen Gesellschaft.

Geistiger Kampf gegen die Arbeiter. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: „Seitens der Königl. Direktionen der Niederschlesisch-Märkischen und Ostbahn ist eine Maßnahme gegen alle unlesbaren Arbeiter in's Werk gesetzt worden, die nicht entschieden genug verurteilt werden kann. Dieselben haben nämlich allen Eisenbahndirektionen ein Namensverzeichnis der ihrerseits in den letzten 14 Tagen entlassenen Arbeiter mit dem Erfruchen zugehen lassen, dieselben nicht wieder anzustellen. Und damit glaubt man die Arbeiter zu bessern und ihnen eine andere Ueberzeugung beizubringen.“ Die rohe Gewalt tritt immer mehr zu Tage, die Reaktion wird immer unverschämter, es fehlt nur noch die Knete und wir überstreifen das heilige Rusland. Nur immerzu. Die Früchte, die Ihr sät, werdet Ihr schon ernten.

Ueber die Absichten Oesterreichs auf Bosnien und die Herzegowina ist sich heute alle Welt klar; der „Frankfurter Beobachter“ schreibt recht treffend dazu: „Oesterreich steht mit seinen mobilisirten Bataillonen noch immer vor den Thoren Bosniens und wartet auf die Zustimmung der Pforte, sich zwei Provinzen in aller Gemüthlichkeit „abzwickeln“ zu lassen, während es selbst den Italienern Straßpredigten über Straßpredigten über ihre nichtswürdige Begehrlichkeit nach Triest und Trient hält. Die Türken aber lassen sich auf die Andraffy'schen Kniffe und Schliche nicht ein und scheinen sagen zu wollen: „Was Du nicht willst, daß man Dir thu', das sag' auch keinem Andern zu!“ Unter diesen Umständen ist es gewiß charakteristisch, daß das offiziöse Wiener „Freundenblatt“ schwört, daß Oesterreich, selbst auf die Gefahr hin, Blut zu vergießen, die bosnische Beute nicht aus den Händen lassen werde; Graf Andraffy habe das Ziel, die osmanische Herrschaft in Bosnien abzulösen, schon seit drei Jahren, als das herzegowinische Bündelhölzchen zu glimmen begann, mit Offenheit und Konsequenz verfolgt.“ Das ist nun einfach gelogen, denn Graf Andraffy hat vor den Parlamenten stets hoch und theuer die Absicht der Annexion Bosniens gelehrt, bis sie jetzt schamlos von seinen Offizieren als das eigentliche Ziel der ganzen österröichischen Orientpolitik der letzten Jahre hingestellt wird. Besser können die Geschäfte Rußlands, des „Tobfeindes Oesterreichs“, wie neuerdings der Petersburger Solos nach hepaus erklärt, freilich nicht besorgt werden.“

Vom Kriegsschauplatz. Bayerische Geschworene verurteilten den Genossen Baumann in Nürnberg wegen Verleumdung des Königs von Bayern zu zehn Monaten Gefängnis. Dr. Bropheimer verteidigte Baumann in ausgezeichnete Weise. Am Schlusse rief der Verteidiger den Geschworenen zu: „Wenn Sie, meine Herren Geschworenen, den Angeklagten wegen der Majestätsbeleidigung, die nach Ansicht von elf rechtsgelehrten Richtern und nach meiner festen juristischen Ueberzeugung keine ist, verurtheilen, dann hat Baumann, hat das sozialdemokratische Blatt Recht, wenn sie ausrufen: Das ist ein Tendentzprozeß, das ist eine Bourgeoisjustiz, die einen Studenten, der einen Menschen im Zweikampf getödtet, freispricht, aber einen Sozialdemokraten wegen einer Majestätsbeleidigung verurtheilt, die nach unseren Gesetzen keine ist!“

### Correspondenzen.

Amsterdam. Nachdem der „Allgemeine Niederländische Werkleute-Verband“ (Allgemeine Niederländische Werklieben-Verbond) bei seiner letzten Generalversammlung (Weihnachten 1877) auf Veranlassung der hiesigen Schmiede-Vereinigung den Beschluß gefaßt hatte, eine „Gemengte Vereinigung“ ins Leben zu rufen, die den Zweck haben sollte, bei Wahrung der Arbeiterinteressen alle diejenigen als Mitglieder aufzunehmen, welche keine Fachvereine besitzen, gleichzeitig bei den kleinen selbstständigen Geschäftsleuten, Handlungsdienern u. dergl. müsse unter allen Umständen darauf gesehen werden, daß Niemand dieser Vereinigung beitreten dürfe, wenn er nicht vorher Mitglied seiner bestehenden Fachvereinigung geworden ist. Der Zweck letzterer Bestimmung liegt klar auf der Hand, jedoch wie Viele sieht es, welchen die laze Organisation und Leitung des „Allgemeinen Werkl. Verbonds“ (der schließlich nichts anderes ist als eine Kranter- und Sterbefassenvereinigung) gegenüber den vorgeschrittenen radikalen Elementen nicht entsprechen kann. In der öffentlichen Versammlung, welche vor einiger Zeit zur Gründung des obengenannten gemengten Vereins einberufen worden war, machte sich denn auch eine starke Opposition gegen die erwähnte Beschränkung geltend, worauf man, um dem gegründeten Verein einen durchschlagenderen Erfolg zu sichern, sich von Seiten des provisorischen Vorstands entschloß, den mißliebigen Modus fallen zu lassen. Dies hatte andererseits zur Folge, daß der Central-Vorstand des „Allg. Werkl. Verbonds“ den neugegründeten Verein nicht als eine seiner Abtheilungen anerkennen wollte. Die am Sonntag den 7. Juli stattgehabte öffentliche Versammlung im Café Apollo, welche verhältnismäßig gut besucht war, acceptirte nun auch nach vorhergegangener ziemlich lebhafter Debatte die sozialdemokratischen Prinzipien des heutigen Programms in der Hauptsache einstimmig; ebenso wurde hierauf auf Antrag der ursprünglichen Namen des Vereins mit großer Majorität umgeändert in „Social-demokratische Vereinigung“. Daß der Verein eine hoffnungsvolle Zukunft hat, dafür bürgt nicht allein der durch und durch gute Wille der Genossen und die wenn auch langsame Auffklärung der Arbeiter, sondern haupt-

sächlich der Vorstand, welcher an Mannhaftigkeit, Energie und Ueberzeugungstreue nichts zu wünschen übrig läßt. Der Verein erreichte in derselben Versammlung die Höhe von ca. 60 Mann. Und das Alles trotz der auch hier vor kurzer Zeit grassirenden Manie der freudhaftesten Verleumdungswuth! — Das Verleumbden und Verdrehen wahrer Thatsachen in Betreff unseres Prinzips ist zwar längst charakteristisches Eigenthum der Gegner, aber die beiden wahrhaftigen Attentate in Berlin boten doch eine zu herrliche Gelegenheit für die gesammte holländische reaktionäre Preshente, in gemeinster und pöbelhaft frecher Weise die Lehren der Sozialdemokratie zu verunglimpfen, und zwar, wie es scheint, um ja nicht hinter den deutschen Presh-co—legen zurückzubleiben. Dieses traurige Zeugniß kann man ihnen ausstellen; ja selbst das Organ des „Allgemeinen Werkl. Verbonds“, „De Werkmansbond“, schämt sich nicht, seinen Lesern, den Arbeitern, von sozialistischen Wählungen in Deutschland zu erzählen. Und wie ist es auch anders möglich, stehen sie doch mit dem famosen Hirsch-Dunder'schen Gewerkeverein auf gleicher Stufe — gleiche Brüder, gleiche Kappen. — Ein großer Theil der organisirten Arbeiter in Holland befindet sich noch im Schlepptau der Bourgeoisie und Kathedersozialisten, und den größeren Theil hält der schwere Bann des Vorurtheils und Indifferentismus fern vom großen Emanzipationskampf der Arbeiter. An uns liegt es nun, den Unverstand der Massen, diesen Riefen zu bekämpfen, indem wir den Arbeitern die Augen öffnen über ihre Macht, welche sie besitzen, sobald sie zum Klassenbewußtsein gekommen sind. Auch hoffe ich, es werden die allerwahren Freiheit und Sittlichkeit hohnsprechenden Organe der Reaktion in Deutschland den holländischen Arbeitern die Augen öffnen. Also, „freie“ Niederländer, begreift auch Ihr zu Eurem Vortheil bald, daß politische Freiheit eine Lüge ist ohne soziale Gleichheit!

London, 23. Juli. Parteigenossen! Noch nie war die Aufmerksamkeit der Arbeiter aller Länder in größerem Maße auf Euch gerichtet, als gerade im jetzigen Augenblick. Die brutalsten und heftigsten Angriffe der Reaktion haben es nicht vermocht, Euch, wie man hoffte, zu unterdrücken. Fester denn je sind die Reihen der ihrer Klassenlage bewußten deutschen Arbeiter geschlossen. Am Tage der Wahl wird es sich zeigen, in welchem Grade die deutschen Arbeiter gewillt sind, sich unter das Joch einer maßlos herrschsüchtigen reaktionären Politik zu beugen. An Euch, Freunde, ist es, durch Eure Stimmenabgabe Protest gegen diese freiheitsfeindliche Politik zu erheben, welche Deutschland einen unaussprechlichen Schandfleck gebracht hat, indem sie es ermdiglicht, daß ein bedeutender Bruchtheil der deutschen Bevölkerung wegen seiner politischen Gesinnung auf das schmachlichste verfolgt wird. Die Sympathie aller denkenden Arbeiter ist in diesem Kampfe gegen die Reaktion mit Euch, Eure Sache ist die Sache der Proletarier aller Länder, Euer Sieg ist unser Sieg. Glück auf zur Wahl! — Im Namen des Rathes des Internationalen Arbeiter-Bundes (International Labour Union)

O. M.  
E. Henze,  
correspondirender Secretär für Deutschland.  
8 New Str., Golden Squ. W.

Lübeck. Zum Wahlkampf können auch wir einen nicht ganz uninteressanten Beitrag liefern. Es treten dabei diesmal Erscheinungen zu Tage, wie wir sie früher in unserem spießbürgerlichen Lübeck nicht kannten. Wir, die Sozialdemokraten, wollen, trotzdem Lübeck nicht zu den offiziellen Wahlkreisen gehört, einen eigenen Candidaten aufstellen. Um nun die Wahlbewegung in Fluß zu bringen, hatten wir am 6. Juli eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die bevorstehende Reichstagswahl“ angelegt. Genosse Heyer hatte das Referat übernommen. Zu dieser Versammlung hatten sich auch die liberal-conservativ-reaktionären „Reichsfreunde“ schon 2 Stunden vor Eröffnung der Versammlung in großer Masse eingefunden. Als die Arbeiter um 8 Uhr das Lokal betraten, konnten nur wenige Platz finden, die meisten mußten draußen bleiben. Halb 9 Uhr eröffnete Genosse Steffen die Versammlung, um nur die Herren Reichsfreunde, welche einen Heidenstambul machten, zur Ruhe zu bringen. Das Bureau kam natürlich in die Hände der Reichsfreunde und wurde Hr. Dr. Brehmer zum Vorsitzenden gewählt. Außerdem die Herren Schweighofer, Oberlehrer Sartori und Ernst. Letzterer ist Präses des Krieger- oder Kampfgenossen-Vereins. Die Herren Kampfgenossen und Krieger waren recht zahlreich vertreten, deshalb hatte man wohl aus Anerkennung Herrn Ernst mit in's Bureau „ernannt“. Herr Dr. Brehmer brachte, bevor er zur Tagesordnung überging, ein Hoch auf den deutschen Kaiser aus, worin unsere Reichsfreunde kräftig einstimmten. Genosse Heyer entwickelte, anknüpfend an die hiesigen Verhältnisse, in kurzen Zügen unsere Stellung zur bevorstehenden Reichstagswahl unter fortwährenden gemeinen Jurufen der Gegner. Hierauf erhielten die Herren Dr. Görz und Wenda das Wort. Dieselben schimpften in der gewöhnlichen Weise auf unsere Partei, brachten die alten Phrasen, die man uns vor 10 Jahren schon entgegenstellte. Hierauf erhielt Genosse Schwarz das Wort, diesem war es ein leichtes, diesen Unsinn zu widerlegen. Dann sprach Oberlehrer Sartori. Seine Rede gipfelte in persönlichen Bemerkungen. Schwarz sei ein Mann, der aus voller Ueberzeugung spreche, den müsse man achten, aber der Heyer sei ein Heber — das Weitere übergehe ich, da sich Alles um obige Wörter dreht. Um nun die Sozialdemokraten gänzlich zu vernichten, nahm der Dr. Görz das Wort und erklärte, der Hofbaurath Demmler sei aus unserer Partei ausgetreten, daran könne man sehen, was das für eine Partei sei, alle ausländigen Leute lehnen derselben den Rücken. So war der Haupttrumpf ausgespielt — glaubte der weise Dr. Görz. — Zufällig hatte Heyer vom Genossen Demmler Briefe bei der Hand, welche, mit den dazu gehörigen Bemerkungen, ein trefflicher Dampf für die begeisterten Liberalen waren. Gefestigt Hauptes, wie bestrafte Schulbuben, saßen die muthigen Reichsfreunde da, und als Dryer ein Hoch auf Genossen Demmler und die Sozialdemokratie ausbrachte, worin die Versammlung begeistert einstimmte, war den Helden vollends das Herz in die Hosen gefallen. — Den anderen Tag brachten die hiesigen Zeitungen natürlich die glänzendsten Siegesberichte über die Versammlung. — Zu Rittwoch, den 10. d. Mts., beriefen wir wieder eine Volksversammlung ein, die Reichsfreunde bittend, für rege Theilnehmung zu sorgen. Da war ein reges Leben in unserem ruhigen Lübeck, sämtliche Krieger wurden brieflich dazu eingeladen, die „ehrwürdige Corporation der Träger“ mußte, wie verkantet, auf Befehl der Handelskammer um 6 Uhr Feierabend machen, es galt ja die Reichsfreunde zu vernichten. Eine zahlreiche Menschenmenge strömte nach unserem Vereinslokal, der Stunde harrend, daß das Lokal geöffnet werde. Endlich, als die ersehnte Stunde schlug, entstand ein Gedränge, wie man es hier wohl noch nicht erlebt hat. Mancher wohlbeliebte Reichsfreund mußte, um das Vaterland zu retten, diese Schweitzropfen vergießen, aus mancher vaterlandstreuen Brust entstrangen sich die Worte: „Ach, wäre ich bei Müttern geblieben.“ Aber es half nichts, aus diesem Strom war kein Entrinnen möglich. — Hinein in den Saal! das war die Parole. Genosse Steffen

eröffnete die Versammlung. Bei der Bureauwahl erhob sich ein Lärm, der in einem Hottentotten-Krahl nicht schlimmer sein kann. Nach Ansicht unserer Genossen und unparteiischer Leute hatten wir die Majorität, aber um die Brüller zu beschwichtigen und zu verhüten, daß die Versammlung aufgelöst werde, verzichteten wir auf das Bureau. Als das Bureau constituirt war, erhielt Genosse Hartmann aus Hamburg zur Tagesordnung, „Proklamirung des Arbeitercandidaten“, das Wort. Derselbe entwickelte die Stellung der liberalen Partei zur bevorstehenden Reichstagswahl, darauf hinweisend, daß nicht wir, sondern sie an die Band gedrückt werden sollten. Zudem er unserer alten bewährten Parteigenossen Th. Schwarz aus Lübeck unter stürmischem Jubel der Arbeiter als Candidaten derselben proklamirte, mochte manchem Reichsfreund willkommen bei der Rede Hartmann's geworden sein. Da beantragte Dr. Wenda Schluß der Versammlung. Die Genossen Heyer und Schwarz waren noch in der Rednerliste eingetragen. Der Vorsitzende ließ abstimmen und erklärte, obgleich wir anderer Ansicht waren, den Schlußantrag für angenommen. Das war sehr „taktvoll“, unserem Candidaten das Wort zu entziehen. — Nun Einiges über den Erfolg. Zu Sonntag, den 14. Juli, hatten wir wieder eine Volksversammlung einberufen, die Reichsfreunde um rege Theilnehmung bittend. Aber an vielen Stellen waren unsere Plakate verschwunden, Ritttags klebten meterhohe blaue Plakate an den Ecken, Nachmittags durchzogen Plakatträger die Stadt. Der Inhalt war: nicht in die Versammlung der bösen Sozialdemokraten zu gehen. Trotz aller Abmachung war unsere Versammlung gut besucht. Der „Heber“ Heyer sprach zur Tagesordnung: „Die falschen Berichte der Zeitungen und das taktvolle Benehmen der liberalen Partei“. Mit Leichtigkeit entledigte er sich seiner Aufgabe. Die Zellerfassung für den Wahlfond ergab 38 M. 10 Pf. Die Versammlung beschloß, den Liberalen für die rege Agitation, die sie für uns betrieben, in den hiesigen Blättern ihren Dank abzustatten.

Kiel, 19. Juli. Gestern hielt die größte Geisteslaterne der Rücktrittspartei, der „gewiegte Parlamentarier“, Herr Professor Hänel, vor „seinen Wählern“ eine mit theatralischem Pathos vorgetragene Brandrede. Die Versammlung war von mehr als 2000 Personen besucht, von welchen aber reichlich die Hälfte — Sozialdemokraten waren, welche das große Kirchenlicht ebenfalls sehen wollten. Ferner waren viele Nationalliberale, Conservative, Landespartei und wie der „Ordnungs“-Mischmasch sonst noch heißt, und viele Indifferente anwesend, so daß die eigentlichen Rückschreiter sehr in der Minorität waren. Nachdem das Comité, welches die Leitung der Versammlung vorbehalten, auf der erhöhten Tribüne Platz genommen hatte, wurde die Versammlung vom Professor Karsten eröffnet. Dieser Herr theilte mit, daß dieselbe von den Rückschreitern einberufen und sozusagen eine Parteiversammlung sei, daß man aber auch Andersdenkende gnädigst dulden wolle. Unter gewöhnlichen Umständen wäre es gar nicht nötig gewesen, eine Candidatentrede zu verlangen, weil die parlamentarische Thätigkeit des Candidaten hinlänglich für seine Gesinnungs—tätigkeit zeuge. Unter den heutigen Verhältnissen sei eine solche jedoch geboten, weil die Rückschreiter mit einer politischen Partei zu rechnen hätten, welcher alle andern politischen Parteien gegenüberstehen müssen. Die anwesenden Sozialdemokraten, welche gewohnt sind nur als „Rotte“, „Bande“ oder „Sekte“ betrachtet zu werden, trauten ihren Ohren kaum, als sie hörten, daß sie wirklich einer politischen Partei und nicht einer Räuber- und Mordbande angehören. Herr Prof. Hänel begann seine Deklamationen — wie dies von einem echten und rechten Rückschreiter nicht anders zu erwarten war, mit einem Anathema ist gegen die bösen Sozialdemokraten, die er, der „gewiegte Parlamentarier“, der „ehrlische“ Politiker, der Professor der Jurisprudenz, für die Attentate verantwortlich machte. Dieser „ehrlische“ Politiker, der auf den Sumpel — Parodon! Wählerfang ausgeht, verstand es, dem Spießer die Gänsehaut auf den Leib zu reden, indem er mit einem Aufwand von Lungenkraft und komödiantenartigen Weften den Anwesenden vorlog, die Sozialdemokratie habe Alles, was dem Menschen heilig ist, mit Füßen getreten, habe die Arbeitgeber Sklavenhalter gegeben, habe die Commune verberlicht (Hu!) und so die Bestie im Menschen entseffelt. Der Herr Professor erklärte, natürlich nach langem Phrasengeklänge, er sei gegen die Ausnahmegeetze — doch sei er gerne bereit, die Lüden, die das Gesetz aufweist, mit ausfüllen zu helfen, denn der größte Freiheitsheld könne die Freiheit nicht anders wollen, als daß Freiheit und Recht für Alle herrschen solle. Was der Wortschwall bedeuten sollte, ist mir heute noch unklar. Im Verlaufe seiner Rede benahm sich der Herr Professor echt — rückschreiterisch, denn er versprach „seinen“ Wählern, für alles Mögliche einzustehen, um im selben Athem wieder zu sagen, daß er das Versprochene nicht halten wolle. Ehe ich einige Beweise anführe, will ich nur noch erwähnen, daß es auf die anwesenden Sozialisten sehr erheitend wirkte, als Herr Hänel „quistschte“, daß die Parteien so „zerissen“ dastehen und sich bekämpfen, während die Sozialdemokraten sich hohnlachend die Hände reiben und aus der Uneinigkeit Nutzen ziehen. Nebenher bekam die conservative Partei einen Klaps und mußte sich sagen lassen, daß sie nicht fähig sei, die soziale Frage zu lösen. Da müssen natürlich die Rückschreiter kommen. Der Herr Professor erzählte nun, was die Rückschreiter alles im Reichstage gethan haben, und hatte den traurigen Muth, auf die Aenderungen des Gewerbegesetzes hinzuweisen. In der Militärfrage war der Redner gegen das Septennat, versicherte aber, nicht im Mindesten daran zu denken, die Wehrhaftigkeit unserer Armee, der wir uns mit Stolz rühmen dürfen, schwächen zu wollen; daß er, so weit die Mittel reichen, alles gestatten wolle, was zur Erhaltung der Armee nötig ist. In der Finanzfrage erklärte sich der Herr Professor gegen die indirekten Steuern, gegen das Tabakmonopol u. c., um aber sofort zuzugeben, daß es unmöglich sei, die Bedürfnisse des Reiches durch direkte Steuern zu decken, und daß daher auch die ärmere Bevölkerung durch indirekte Steuern zur Erhaltung des Staates herangezogen werden müsse. Die demagogische Erklärung, alle indirekten Steuern verweigern zu wollen, könne er nicht geben. Kurz und gut: Professor Hänel versprach seinen Wählern alles mögliche Schöne, um dann sofort mit dem verdammten wenn und aber alles Versprochene wieder zurückzunehmen. Das freiherrliche Mäntelchen, das diese Herren, wenn sie auf den politischen Bauernfang ausziehen, umhängen für der Rede war: Die Regierung soll uns fragen, ob sie dies und jenes ausgeben darf, thut sie dies, so wollen wir ihr gerne Alles, was sie will, bewilligen. Für „reichsfeindliche“ Ohren beständig war es, als der Herr Professor eine förmliche Jeremiade anstimmte, daß die Regierung von den liberalen Parteien, die doch so treu zu ihr gestanden sind, nichts mehr wissen wolle. Dieses war das Einzige, was den Sozialdemokraten an den gegen professorlichen Expektationen gefiel. — Freilich wie der Candidat war auch das Comité, denn als Herr Hänel beendet hatte, wurde gnädigst jedem Interpellanten eine Redezeit von — 5 Minuten gewährt. Ein Herr Dr. Müller, seines

Reichens Nationalliberalconservativer, fragte nun, ob der Candidat ein Ausnahmegesetz gänzlich, oder nur unter gewissen Umständen ablehnen wolle. Hänel erklärte, keine Antwort geben zu können, weil er das Gesetz, welches vorgelegt werden soll, nicht kenne und daher auch nicht wisse, ob er seine Zustimmung geben oder verweigern müsse. Diesen Don Quixote, diesen juristischen Quacksalber kannte H. zum Gaudium der Anwesenden ordentlich ab. Genosse Walther meldete sich zum Wort, um zu erklären, daß er Sozialdemokrat sei, an den Herrn Professor zwar manche Frage zu stellen hätte, daß er aber in Anbetracht der den Interpellanten so kärglich zugemessenen Zeit auf jede Interpellation verzichte, dafür aber Herrn Hänel zu der für den Sonnabend anberaumten Volksversammlung, in welcher Jedem unumschränkte Redefreiheit gestattet sei, einlade. Als Walther erklärt hatte, er sei Sozialdemokrat, erscholl brausender Beifall, in welchen sich auch einige schrille Pfiffe mischten. W. tabelte das Vorgehen der Gebildeten und erwähnte, daß der dem Candidaten gezollte Beifall durch keine Pfiffe unterbrochen worden sei. Der Vorsitzende erklärte, er habe keine Pfiffe gehört, weil er dieselben sonst gerügt hätte. Als W. die Tribüne verließ, konnte es der gebildete Pöbel nicht unterlassen, nochmals zu pfeifen, ohne daß sich der Vorsitzende bewegen gefühlt hätte, den Rufstören eine Rüge zu erteilen. Den Sozialdemokraten wäre es ein Leichtes gewesen, durch berechnete Opposition die Versammlung unmöglich zu machen, sie ließen sich aber von dem sehr — liebenswürdigen Candidaten die größten Beleidigungen, die niederrückigste Verleumdung in's Gesicht sagen, ohne ein Zeichen des Abscheus laut werden zu lassen. — Bei den Arbeitern hat Professor Hänel den letzten Rest von Sympathie verschert. Sollte es zu einer Stichwahl zwischen dem Conservativen und Prof. H. kommen, so werden sich die Arbeiter der in der gestrigen Versammlung ihnen in's Gesicht geschleuderten Verleumdungen zu erinnern wissen und werden zu Hause bleiben, denn sie haben die Ueberzeugung gewonnen, daß H. gerade so reaktionär ist wie ein Conservativer.

**Freiberg, 24. Juli.** (Wahlagitationsbericht.) Wie überall, haben unsere Gegner auch hier ihre Hände im Spiele, wenn uns seitens der Wirthe die Säle verweigert werden. Trotzdem gelang es mir, in Halsbrücke am 19. und in Brand am 20. Juli eine Versammlung abzuhalten, wie ich eine Vergarbeiterversammlung am 21. d. M. in Freiberg — von den Conservativen inscenirt — total für uns gewann, obwohl das Ende davon eine kurze Freiheitsentziehung für mich zur Folge hatte. In Halsbrücke trat mir außer dem liberalen Stadtverordneten Braun aus Freiberg — den ich ohne Schwierigkeit warf — auch der Assessor der Amtshauptmannschaft entgegen, der meine Aufstellung, daß die Militärsteuern sich pro Kopf der Bevölkerung auf circa 10% Marx repartirt, „wahrheitswidrig“ finden wollte, wie er aus meiner Erklärung, die indirekten Steuern können „hinterherum“, herauslesen wollte, daß ich damit „ungefährlich“ gemeint habe. Als ich über die Lebensmittelverfälschung vor dem Reichstage sprach, wollte er gehört haben, daß ich von der Lebensmittelverfälschung vor dem „elenden Reichstage“, nicht von der „elenden Lebensmittelverfälschung“ vor dem Reichstage gesprochen hätte; allein die ganze Versammlung trat nach Befragen ihm entgegen — er hatte falsch gehört. Trotzdem mir das Wort entzogen wurde, tagte die Versammlung fort, und war sie am Schluß durchaus für uns. — Halsbrücke hat immer gut gewöhnt. — Brand, 20. Juli. Hier sprach ich Sonnabend bereits eine Stunde, als ein „Vergifteter“ mit seinem Freunde, einem Gutsbesizersohn, Störung in die feierliche Stille der ca. 400 Menschen starken Versammlung brachte. Statt daß die Polizei — wie allseitig gemäht ward — die Zwei entfernte, löste sie die Vierhundert auf, ein Ereigniß, das freilich den Reiz der Neugier nicht für sich hat. Uns konnte die Auflösung nicht schaden, denn was wir zu sagen hatten, war genügend gesagt, und wer der Herr Penzig (liberal) und der Herr v. Delschlagel (conservativ) sei, das war längst den braven Bergleuten klar geworden. Die armen Liberalen mit ihrem „Winkelried“, dem Advokat Täscher, an der Spitze, konnten nun nicht zum Worte gelangen und mußten traurigen Gemüths den Heimmarsch nach Freiberg antreten. Mögen sie sich für das ihnen entzogene Vergnügen bei den Conservativen bedanken, die zwei solche „nette Jungen“ zur Störung abgeschickt hatten. — In Brand dürften sich eine große Anzahl Stimmen für unsere Candidaten Kayser vereinigen. Endlich erlangte ich am Sonntag, den 21. d. M., durch „schmeichelnde Worte“, wie das „Freiberger Tageblatt“ schreibt, Zutritt zu einer von den Conservativen veranstalteten Vergarbeiterversammlung hinter verschlossenen Thüren. Gegen den Willen der Vorstehenden erlangte ich mehrere Male das Wort, und überzeugten sich die Vergarbeiter bei meiner Rede über die Ursachen der Silberentwertung (in hiesiger Gegend ein ständiges Streitobjekt), als da sind die plötzliche Einführung der Goldwährung, der Einführung des Bamberger'schen Reichs-Rudel-Courant als Scheidemünze, der gegenwärtigen Krise &c. — über die einzig richtige Stellung der Sozialdemokratie zu wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, so schlug die Stimmung ganz für uns um, als ich die politische Stellung Penzig's und v. Delschlagel's einer eingehenden Würdigung unterzog. Die beiden Vorstehenden Müller und Brunwald, die Redner Schulze und Burkhardt, erschreckend conservativ gefärbt, konnten die Position nicht mehr behaupten — mit liegenden Fahnen ging die Versammlung zu mir (für Kayser) über, — die Versammlung war unser. Meine von der Versammlung weg erfolgende Verhaftung dauerte nur kurze Zeit, meinen Bemerkungen über Delschlagel, über die conservative Nuderei &c. fehlte jedenfalls die staatsanwaltliche Handhabe. — Heute wird der sächsische Landtag geschlossen, und die Penzig und Delschlagel — welche beide im Landtage gegen Advokat Freitag's Antrag: Das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht einzuführen, gestimmt haben — gehen nun auf Reisen, um auf Basis dieses selben von ihnen verleugneten Rechts um die „süßen“ wohlklingenden Stimmen des Volks zum Reichstage zu werden. Doch das „Bürger, gebt mir Eure Stimmen“ dürfte bei dem größten Theile der Wähler des 9. Kreises in ein „Non possumus“ umschlagen, und damit würde das arbeitende Volk seine politische Reife am besten beweisen. Zum „Kampfe für den Kayser mit dem griechischen J“ lautet hier scherzweise die Parole; am 30. Juli wird es sich ja zeigen, wie viele „Kayser-treue“ den „Reichstreuen“ gegenüberstehen. Der Kreis ist gut und muß unser werden. Glück auf! H. Goldstein.

**Freibergsdorf (sächsischer Wahlkreis), 24. Juli.** Gestern Abend tagte hier eine nach vielen Hunderten zählende Wählerversammlung. Ich sprach reichlich eine Stunde über die Parteien im Reichstage, sowie über die Gesetzgebungsmaschinerie, verbiretete mich jedoch in längerer Rede über die Natur der indirekten Steuern, deren namentlich die niederen Volksschichten drückende Tendenz, und die neuen Steuer-Schäpfsobjekte: das Tabakmonopol und die Petroleumsteuer &c. — freilich nicht ohne wiederholt von dem Beamten der „Ordnung“ unterbrochen zu werden. Genosse Schuster, welcher nach mir das Militärsystem, nebst Militärgesetz, Landsturmgesetz und Invalidengesetz kritisirte, erging es

nicht besser, da fanden die aus dem Militärgesetz „herausgerissenen“ Paragraphen keine Gnade. — Die Liberalen hiesiger Gegend betragen sich ziemlich gedrückt. Seit ihrer Niederlage in Halsbrücke scheint ihnen vorläufig der Mut zu neuen Quellen benommen, dafür geben uns hin und wieder die Conservativen durch ihre Kreaturen einige Proben, welche uns vom Regiment der „Jucht und frommen Sitte“, die unserer wartet, wenn die Landjunker zur Majorität gelangen, einen kleinen Vorgechmack giebt. — Wohl! am 30. Juli sollen beide Parteien ihr Urtheil von der Arbeiterwelt vernehmen, denn wenn nicht Alles trägt, so wird speziell der Freiburger Wahlkreis diesmal stärker als sonst wählen, während wegen Hainichen und Deberan ja mir Besorgnisse aufkommen. H. Goldstein.

**Burgen.** Am vergangenen Mittwoch wurde in Dahlen unser Genosse Kemmler wegen unbefugten Colportirens verhaftet; der dortige Bürgermeister wurde aber eines Bessern belehrt, wir zeigten ihm eine gedruckte Verfügung der Kreisauptmannschaft, in welcher gelagt ist, daß Vertheilung von Stimmgeldern und Wahlaufrufen nicht als Colportage im gewerbsmäßigen Sinne aufzufassen sei; dies bewirkte die sofortige Haftentlassung Kemmler's. Am Freitag geschah dasselbe in Bernsdorf, Kemmler wurde nach Dschag transportirt, um dort schleunigst wieder in Freiheit gesetzt zu werden.

**Erlangen, 22. Juli.** Ueberrascht und erfolgreicher als am heutigen Abend konnte wohl kaum je die schon lange gewünschte Auseinandersetzung mit dem hiesigen Theil der Volkspartei erfolgen. Dieselbe wurde obendrein noch von letzterer Seite provoziert; denn nachdem man schon einige Tage vorher mehrmals alle Wähler zu der Candidatenrede Retter's eingeladen, erschien heute in einem Theil der beiden hiesigen Volkblätter die vom Retter'schen Wahlcomité unterzeichnete Erklärung, daß nur diejenigen zu der ausgeschriebenen Versammlung Zutritt hätten, welche sich noch nicht für einen Candidaten entschieden. Offenbar hatte die Volkspartei durch einige Getreue aus unserer Reihen Wind bekommen davon, daß wir in der letzten Parteiversammlung am Samstag beschlossen, Herrn Retter wegen verschiedener Fragen zu interpelliren. In blinder Angst vor den bösen Sozialdemokraten erließ man daher erwähnte Erklärung. Trotz derfelben war jedoch der Versammlungssaal im „Schwanen“ bis über die Hälfte von unseren Genossen besetzt, die noch kurz vorher Zeit gefunden, sich über das nun einzuschlagende Verhalten zu verständigen. Bevor der Wahlcandidat seinen Vortrag begonnen, erbat sich unser bewährter Genosse Morlod das Wort, sprach unter Verfall seine tiefste Indignation aus über ein solches Verhalten der Volkspartei, die in ihrem Programm für freieste Meinungsäußerung einzutreten verspreche, in praxi aber das Gegentheil beweise, und forderte die Genossen auf, mit ihm den Saal zu verlassen. Sofort erhoben sich alle Mann. Der Wahlcandidat, auf's Höchste verblüfft von diesem Vorgange und erschreckt vor der Aussicht, vor leeren Bänken reden zu müssen, bat in dringenden Worten, man möge sich doch nicht entfernen, er wolle sich ja gern über Alles interpelliren lassen — vergeblich, die Entrüstung war einmal eine allgemeine und schnell leerten sich Tische und Bänke. Die langen Gesichter der in geringerer Anzahl anwesenden Volksparteiler bezeugten uns, daß ihnen eine Abnung aufging, was sie bei etwa nothwendig werdender Stichwahl von uns zu erwarten haben. Möchten die wenigen nach jener Seite noch hinstehenden Parteigenossen aber endlich erkennen, daß ein festes und entschiedenes Verhalten der Volkspartei gegenüber nothwendig und von größerem Nutzen ist als alles Laviren, denn Reactionäre sind sie doch alle! — Als Gegenkandidat von Retter ist unser Herr J. Wotteler, Leipzig, abermals aufgestellt. Hier (Stadt und Bisthalen) werden wir mindestens unsere alte Stimmenzahl unzweifelhaft wieder erlangen. Also eine Majorität gegen die „Volkspartei mehr rechts“, wie diese Leute nennen.

**Giesewen (Regierungsbezirk Gumbinnen), 17. Juli.** (Wie man bei diesen schlechten Zeiten zu Geld und aus Noth kommt.) Gestern, 16. Juli, geht ein armer Schluder, Namens Hesse, in seiner Angst vor Hungernoth mit seiner Frau nach der benachbarten Kreisstadt Sensberg, um Rath zu schaffen, ob nicht ein gutherziger Jude oder Christ noch etwas borgt, da er im Dorfe nichts mehr austreiben konnte. Dieser Mann hat ein kleines Grundstück von 18 Morgen, 4 Kinder, eine alte Mutter; er und seine Frau sind 7 Köpfe zu ernähren, dabei kein Kenner der Landwirtschaft, da er zum Schulmeister erkoren war. Dieser Hesse hatte zufällig wegen Abgabens etwas auf dem Landratsamte zu thun, während seine Frau die Zeit auszunutzen suchte, um zu sehen, wo sie geborgt bekomme; da sich aber Niemand fand, der borgen wollte, war der Jammer groß. Auf einmal kommt Hesse freundlich und ruft: Jetzt ist Land, jetzt sind wir raus, ich habe 15 Mark in der Tasche. Da war aller Kummer gestillt. Der Landrath, diesmal außergewöhnlich freundlich, erkundigte sich nach den Hesse'schen Verhältnissen. Da derselbe nichts Erfreuliches zu melden hatte, gab ihm der Landrath 15 Mark mit dem Bedenken: Aber — lieber Hesse, Sie wissen doch, von dieser Wahl hängt all unser Wohl ab; also — den Mann, den ich stellen werde, der wird das Volkswohl vertreten, und namentlich für Euch Katholiken den Glauben aufrecht erhalten. Ich sende Euch Stimmgeld zur Vertheilung. Sie lesen doch auch irgend ein Blatt? Ja, ja, Herr Landrath, antwortete Hesse, der liest jedoch nichts, versteht auch vom blauen Dunst nichts, und wenn er was liest, versteht er's nicht einmal. Auf diese Weise wird die Wahl bei uns gemacht.

**Düsseldorf, 27. Juli.** Das mit so vielem Geschrei angekündigte sogenannte VI. Deutsche Bundesschießen ist seinem kläglichen Ende nahe. Schon am zweiten Festtage hielten es viele, namentlich sächsische Schützenbrüder für gerathen, Düsseldorf, die servile Kunststadt, zu verlassen. Wenn bei den ersten deutschen Bundesschießen der lähne freie Mannesgeist sich noch hin und wieder geltend machte, wo noch die Begeisterung für Recht und Gleichheit für Alle nicht ganz erstorben war, so finden wir heute von alledem nicht eine Spur mehr. Es ist traurig, sehr traurig, aber wahr, es haben sich die einzelnen Redner überboten in Fanatismus und Parteihaf. Und wie sollte ein solches Fest noch Anspruch auf die Bezeichnung „national“ machen können, höchstens im Sinne unserer berühmten (?) national-liberalen Partei. Ein Maulheld hat den Anspruch gethan, nachdem er wie üblich unsere Partei als Kaiserermörder bezeichnet: „Diese Partei sei für alle Zeiten ausgeschlossen aus unserem Bunde!“ Ja wohl, verehrter Herr! Mit Leuten Ihres Schlages wird gewiß Niemand im Bunde stehen wollen, dessen Herz für seine Mitmenschen noch warm im Busen schlägt, der Recht und Gleichheit für Jeden will. Oder ist das Bruderverliebt, wenn man verleumdet und verdammt? Bei einem solchen Feste kann von Hebung der Moral und guten Sitte wohl keine Rede sein, wie es denn an Dieben und Prostituirten keinen Mangel gab. Die Wirthe und sonstigen Gewerbetreibenden, welche glaubten ihr Schäschen scheeren zu können, haben kaum so viel eingenommen, um die hohen Standgelder und sonstigen Auslagen bestreiten zu können. Nur der Pächter der großen Festhalle soll eben bestehen, weil dort nur der Geldsack und das hohe Beamtenthum, in dessen

Hände das Arrangement des Festes gelegt war, verkehren konnte. Als Beweis der Schützenbrüderlichkeit darf noch angesehen werden, daß zwei Comitemitglieder in Streit gerietten, welcher, nachdem derselbe zu Thätlichkeiten übergegangen, mit der Forderung auf Pistolen endete. Zum Schieszen wird es jedoch nicht kommen, da den Herren ihr angenehmes Leben zu lieb ist. — Wir sehen also, daß nach und nach alle Vereinigungen, welche ursprünglich auch noch so ideale Ziele anstrebten, in unseren heutigen Gesellschaftszuständen untergehen. Woher und wie das kommt, dies zu ergründen und zu beweisen soll und wird die höchste Aufgabe der sozialistischen Literatur sein. — Wie überall, so sucht man uns auch hier die Wahlagitation möglichst zu erschweren. Ein für verflorenen Sonntag bestimmtes Wahlflugblatt wurde confisziert und, nachdem ein großer Theil seines Inhalts gestrichen, nach einigen Tagen freigegeben. Daß in dem gestrichenen Theil etwas enthalten war, was zu dieser Maßregel Veranlassung gab, ist uns unbegreiflich. Vielleicht wollte man den Festgästen den Anblick eines sozialistischen Wahlflugblattes ersparen. — In unseren Nachbarstädten Elberfeld-Barmen hat die Begeisterung einen noch nicht dagewesenen Höhepunkt erreicht, so daß nur das Beste zu erwarten ist.

**Arbeiter Deutschlands!**  
Von zahlreichen Feinden umringt, den schändlichsten Verleumdungen und brutalsten Verfolgungen ausgesetzt, der schrankenlosesten Polizeiwillkür preisgegeben, habt Ihr kalten Blutes die Fiebe der Gegner parirt und das freche Attentat auf die Freiheit des Volkes durch Eure besonnen und unerschrockene Haltung bis zur Stunde vereitelt. Ihr habt in die Geschichte Deutschlands ein Blatt des Ruhmes gefügt, welches einen Lichtpunkt bildet in der Zeit der tiefsten Schmach und Erniedrigung.  
**Arbeiter Deutschlands!** Eure Brüder in Oesterreich sind stolz auf Euch.

Die Reaction giebt trotz der moralischen Niederlage, die ihr durch den gesunden Sinn der Arbeiter, an dem alle Provokationen scheiterten, bereitet worden, das Spiel noch nicht verloren. Der tödtliche Stoß in's Herz der Freiheit soll noch geführt werden; vergeßt das nicht, Arbeiter Deutschlands!  
Der Tag der Wahlschlacht ist da. Die Entscheidung, Woll der Arbeit, ist in Deine Hände gegeben. Sei daher eingedenk der Bedeutung des Moments und entscheide im Sinne des Rechts und der Freiheit, indem Tu Deine Stimme Denen giebst, die das Wohl des Volkes ehrlich wollen: den Candidaten der sozialdemokratischen Partei.

**Arbeiter Deutschlands!** Mit dem regsten Interesse folgen wir Eurem Kampfe. Der bleierne Druck, der auf uns lastet, hindert uns leider, durch entsprechende Unterstützung Euren Sieg zu sichern. Unsere Partei ist arm und das wissen die Gegner unserer Bestrebungen wohl zu benutzen. Unsere Versammlungen werden verboten, unsere Zeitungen confisziert und die Vereine beim geringsten Anlaß aufgelöst. Und dennoch strecken wir die Waffen nicht, sondern kämpfen unerschüttert weiter.  
**Arbeiter Deutschlands!** Schwer ist der Kampf, den Ihr führt, doch seid eingedenk dessen: Je schwerer der Kampf, desto schöner der Sieg. Hinter den schwarzgelben Grenzpfählen schlagen Tausende waderer Männerherzen Euch entgegen, besetzt von den wärmsten Sympathien für die Sache der enterbten, darbenenden Menschheit. In ihrem Namen bringen wir Euch heute den brüderlichen Gruß. Möge es uns gedankt sein, den 30. Juli als einen Siegestag unserer heiligen und gerechten Sache zu begrüßen!

Für die sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs  
Die Herausgeber der „Sozialpolitischen Rundschau“.

**Briefkasten**  
Lüttung. Schj Großhain Ab. 25,00. Söl Dortmund Ab. 18,50. Wrgj Eßlingen Ab. 14,00. Sösch Löße Ab. 8,06. Linke Bischen Schr. 16,00. Jlm i. Sitten Ab. 5,00. Verein Delsni Jemota Wien Ab. 2,45. Krull Buda-Pest Ab. 43,78. Wj Christophsgrund Ab. 15,76. Bröhl München Ab. 50,00. Schrschmidt Rerrene An. 2,00. Hanna hier Ab. 16,85. Hrgj Grünz Schr. 0,13. Schußl Weiten Schr. 1,85. Schj hier R. B. 2,00. Brandt Lemum Schr. 1,90. Rißt Quadlinberg Schr. 0,50. Tylsch Brunau Schr. 15,00. Hrgj Pozdam Schr. 1,70. Ungert Limbach Schr. 1,70. Rhn 0,90. Rfr Brdn Schr. 1,40. Wbl Düsseldorf Schr. 2,50. Grünstn hier Schr. 2,00. Schj hier Ab. 1,40. Rf Ragnz Büßen 4,70.

**Wahlfonds.**  
Schmidt Hedderheim 1,50. R. Penzig 1,65. S. J. hier 100 Unbekannt i. B. 300,00.

**Robert Seidel.** [150]  
**Mathilde Seidel, geb. Schwarz.**  
**Vermählte.**  
Zürich. Juli 1878. Eßlingen a/Neckar.

**Oswald!** [60]  
Wieb mir doch Aufschluß über den Grund Deines Ausbleibens, der Verhütung halber.  
R. (J. 220). Albert. R. 636.

**Zur Beachtung!**  
In letzter Zeit mehrten sich in auffallender Weise die Klagen der Abonnenten an den verschiedensten Orten, daß ihnen von der Post unser Blatt höchst mangelhaft und verspätet zugestellt werde, sowie daß hierauf bezügliche Reklamationen unberücksichtigt bleiben.  
Wir beabsichtigen Beschwerde hierüber bei der k. Generalpostdirektion zu führen und ersuchen unsere Leser, uns von jeder wiederholten Unregelmäßigkeit oder Verspätung Mittheilung zu machen.  
Den erhaltenen Bescheid der k. Generalpostdirektion werden wir seinerzeit mittheilen.  
Leipzig, 26. Juli 1878.

**Expedition des „Vorwärts“.**  
Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig.  
Redaktion und Expedition: Färberstr. 12. II. in Leipzig.  
Druck und Verlag d. Genossenschafts-Verlagsanstalt in Leipzig.